

Probleme der EU-Datenschutz- Grundverordnung aus österreichischer Sicht

7.4.2016

Dr. Kunnert, Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

Thema

„Private“ Nutzung sozialer Medien

Sachlicher Anwendungsbereich

DSG 2000

§ 45 „Private Zwecke“

(1) Für **ausschließlich persönliche** oder **familiäre** Tätigkeiten **dürfen** natürliche Personen Daten **verarbeiten**, wenn sie ihnen vom Betroffenen

-selbst mitgeteilt wurden oder

-ihnen sonst rechtmäßigerweise, insbesondere in Übereinstimmung mit § 7 Abs. 2, zugekommen sind.

(2) Daten, die eine natürliche Person für **ausschließlich persönliche oder familiäre** Tätigkeiten verarbeitet, dürfen, soweit gesetzlich nicht ausdrücklich anderes vorgesehen ist, für andere Zwecke nur mit Zustimmung des Betroffenen übermittelt werden.

Sachlicher Anwendungsbereich DSGVO

Art 2 „Sachlicher Anwendungsbereich“

Abs 2 lit c. [...] Diese Verordnung **findet keine Anwendung** auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die vorgenommen wird:

[...]. durch natürliche Personen zur Ausübung **ausschließlich persönlicher** oder **familiärer** Tätigkeiten.

Sachlicher Anwendungsbereich DSGVO

Erwägungsgrund 18

[...] Als **persönliche und familiäre Tätigkeiten** könnten auch das Führen eines Schriftverkehrs oder von Anschriftenverzeichnissen **oder die Nutzung sozialer Netze** und **Online-Tätigkeiten** im Rahmen solcher persönlichen und familiären Tätigkeiten gelten. Für die für die **Verarbeitung Verantwortlichen** oder **Auftragsverarbeiter**, die die Instrumente für die Verarbeitung personenbezogener Daten für solche persönlichen oder familiären Tätigkeiten **bereitstellen, sollte die Verordnung jedoch gelten.**

FACEBOOK-HETZE

Junge (13) auf Facebook gemobbt: Suizid!

14. Februar 2011 11:34 Uhr, B.Z. | Aktualisiert 11:34

Joel H. (13) aus Österreich wurde auf Facebook gedemütigt und erniedrigt. Er beging Selbstmord.

F Empfehlen Tweet +1 i ⚙



picture alliance

Bild 1 von 1

Bäcker jagt Einbrecher mit Foto auf Facebook

Nachdem ein Einbrecher sein Geschäft durchwühlt und Bargeld gestohlen hat, schlägt der Linzer Bäcker Franz Brandl zurück. Er sucht nun auf Facebook den Mann – mit einem Bild aus seiner Überwachungskamera. „Zuerst hat er den Shop durchsucht und immer sein Gesicht abgedeckt, weil er die Kameras gesehen hat. Im Büro aber hat er darauf vergessen“, sagt Brandl. Ein paar hundert Euro Wechselgeld er-

beutete der Täter, der Sachschaden freilich ist um ein Vielfaches höher. Brandl wollte die ganze Sache nicht einfach so hinnehmen, postete ein Bild

Von Gerald Schwab

des Einbrechers auf seiner Facebook-Seite. Und er ist optimistisch, dass der Kriminelle bald gefasst wird. „Es gibt Leute, die ihn erkannt haben“, verrät er. Die Polizei ist dem Mann bereits auf der Spur.



Der Linzer Bäcker Franz Brandl (li.) jagt diesen unbekanntem Einbrecher via Facebook.

Resümee : Unterschiede bei privater Datenverwendung

DSG 2000	DSGVO
<ul style="list-style-type: none"> ● DSG 2000 grundsätzlich anwendbar <ul style="list-style-type: none"> ► insbes. Datenschutzgrundsätze, Individualrechte (Löschung etc) 	<ul style="list-style-type: none"> ● DSGVO nicht anwendbar, wenn ausschließlich privat ● DSGVO anwendbar auf Provider
<ul style="list-style-type: none"> ● Zulässigkeitsbedingungen <ul style="list-style-type: none"> ► Selbstmitteilung ► legal übermittelt 	
<ul style="list-style-type: none"> ● Übermittlungsverbot 	!

Thema

Staatliche „Schutzgesetze“ im privaten Sektor

DSGrVO – Vollharmonisierung - Rechtsgrundlagen

Zusammenhang:

Rechtsnatur der EU-Verordnung



zulässige Rechtsgrundlagen nach DSGrVO



Spielraum für nationale Gesetzgebung ?

Spielraum für Schutzgesetze ?

- Videoüberwachung durch Private ?
- Verbraucherschutz ? (Bonitätsdaten, Marketing ua.)
- Gesundheitsdaten / genetische / biometrische Daten ? (Art. 9 Abs. 4)

Rechtsgrundlagen nach DSGVO

Art 6 „Rechtmäßigkeit der Verarbeitung“

- **Einwilligung** der betroffenen Person
 - **Vertragserfüllung** / vorvertragl. Pflichterfüllung (betr Vertrag mit betroffener Person)
 - Erfüllung **gesetzlicher** Pflicht des Auftraggebers (Verantwortlichen)
 - Schutz **lebenswichtiger Interessen** der betroffenen Person oder Dritter
 - Wahrnehmung einer im öffentl. Interesse gelegenen Aufgabe oder von Hoheitsgewalt
 - **Erforderlichkeit im berechtigten Interesse** des AG / Dritten + **kein überw. Interesse** d. betr. Person (nur privater Sektor)
 - Historische, **statistische, wissenschaftl. Zwecke** unter Einhaltung von Garantien
- (Art 5, 89)

Resümee :

**Beibehaltung bestimmter österreichischer Schutzgesetze
unsicher !**

Thema

**Legitime [überwiegende] Interessen
als Rechtsgrundlage für private
Datenverwendung**

Mögliche Gestaltungsspielräume im nationalen Recht

Art 6 Abs 2 DSGVO

Die Mitgliedstaaten **können spezifischere Bestimmungen** zur Anpassung der Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten zur **Erfüllung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und e beibehalten** oder **einführen**, indem sie spezifische **Anforderungen** für die Verarbeitung sowie sonstige Maßnahmen **präziser bestimmen**, um eine **rechtmäßig** und nach Treu und Glauben **erfolgende Verarbeitung zu gewährleisten**, einschließlich für andere **besondere Verarbeitungssituationen** gemäß Kapitel IX.

Mögliche Gestaltungsspielräume im nationalen Recht

Art 6 „Rechtmäßigkeit der Verarbeitung“

- Einwilligung der betroffenen Person
- Vertragserfüllung (betr Vertrag mit betroffener Person)
- *Erfüllung **gesetzlicher Pflicht des Auftraggebers***
- Schutz lebenswichtiger Interessen der betroffenen Person
- *Wahrnehmung einer im **öffentl. Interesse gelegenen Aufgabe** oder von **Hoheitsgewalt***
- Erforderlichkeit im **berechtigten Interesse** des AG + kein überw. Interesse d. betr. Person
- Historische, statistische, wissenschaftl. Zwecke unter Einhaltung von Garantien

Mögliche Rechtsgrundlagen für Private

Art 6 Abs 1 lit f DSGVO

f) Die Verarbeitung ist zur **Wahrung der berechtigten Interessen** des für die Verarbeitung **Verantwortlichen** oder **eines Dritten** **erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person**, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, **überwiegen, insbesondere** dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. *Dies gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.*

Mögliche Rechtsgrundlagen für Private

§ 1 Abs 2 DSG 2000

(2) Soweit die Verwendung von personenbezogenen Daten nicht im lebenswichtigen Interesse des Betroffenen oder mit seiner Zustimmung erfolgt, sind **Beschränkungen** des Anspruchs auf Geheimhaltung **nur zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen** zulässig, [...]

1. + 2.

Resümee :

**Senkung des Schutzniveaus
durch
Beweislastumkehr im Privatsektor**

Thema

Schutz von Kindern im Onlinekontext

Einwilligung als Rechtsgrund

Art 8 - Verarbeitung personenbezogener Daten eines Kindes

Die Einwilligung (*im Onlinekontext*) durch Kinder bis zum vollendeten **sechszehnten** (dreizehnten) Lebensjahr ist **nur rechtmäßig**, wenn

- Zustimmung durch Eltern oder mit deren Zustimmung erteilt
- angemessene Schritte des Auftraggebers zur Nachprüfung

Resümee :

unrealistischer Regelungsansatz ?
Nutzungseinschränkungen auch für Erwachsene ?

Thema

Aufweichung von allg. Grundsätzen

Grundsätze in Bezug auf die Verarbeitung personenbezog. Daten

Art 5 DSGVO

- **Rechtmäßigkeit**, Verarbeitung nach **Treu und Glauben, Transparenz**,;
- **Zweckbindung**;
- **dem Zweck angemessen** und **sachlich relevant** sowie **auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß** beschränkt sein ("**Datenminimierung**");
- **"Richtigkeit"**
- **Speicherbegrenzung**; (begrenzte Speicherdauer in personenbeziehbarer Form)
- In einer Weise verarbeitet, die einen **angemessenen Schutz** der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich **Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung** und vor zufälligem Verlust, zufälliger Zerstörung oder Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ("**Integrität und Vertraulichkeit**");

Beschränkungsmöglichkeiten durch Mitgliedstaaten (Art 23)

Informationspflichten ggü Betroffenen allg.

Informationspflichten - Datenschutzverletzung

Auskunftsrecht nach DSGVO

Widerspruchsrecht nach DSGVO

Recht auf Löschung ("Vergessen") nach DSGVO

Beschränkungsmöglichkeiten durch Mitgliedstaaten (Art 23)

Recht auf Datenübertragbarkeit nach DSGVO

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach DSGVO

!!! Allgemeine Datenschutzgrundsätze !!!

Thema

Aufweichung des Grundsatzes der Zweckbindung

„Kompatibilitätstest“ / „Vereinbarkeitstest“

Grundsätze in Bezug auf die Verarbeitung personenbezog. Daten

Art 5 Abs 1 lit b – Zweckbindung

1) Personenbezogene Daten müssen

(b) für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden; eine Weiterverarbeitung für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke oder für wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gilt gemäß Artikel 89 Abs. 1 nicht als unvereinbar mit den ursprünglichen Zwecken ("Zweckbindung");

Zulässige Datenverwendung in Statistik / Forschung

Artikel 89

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu [...] **wissenschaftlichen** und historischen **Forschungszwecken** oder zu **statistischen Zwecken unterliegt** gemäß dieser Verordnung **angemessenen Garantien** für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person.

Mit diesen Garantien wird sichergestellt, dass **technische und organisatorische Maßnahmen bestehen**, mit denen insbesondere [...] **Datenminimierung** gewährleistet wird.

Zu diesen Maßnahmen kann die **Pseudonymisierung gehören**, sofern es möglich ist, diese Zwecke [...] zu erfüllen. In allen Fällen, durch die Weiterverarbeitung von Daten, bei der die **Bestimmung** von betroffenen Personen nicht oder nicht mehr möglich ist, erfüllt werden können, werden diese Zwecke auf diese Weise erfüllt erfüllen (**Anonymisierung**).

Rechtsgrundlagen nach DSGVO

Art 6 Abs 4

[„Zweckänderung“ bzw. „kompatibler Zweck“ iSd Art 5 Abs 1 lit b DSGVO]

Beruh die Verarbeitung für **einen anderen Zweck** als den, zu dem die Daten **erhoben** wurden, **nicht** auf der **Einwilligung** der betroffenen Person **oder** auf einer **Rechtsvorschrift** der Union oder der Mitgliedstaaten [...] **so berücksichtigt** der für die Verarbeitung Verantwortliche – um sich zu vergewissern, ob die Verarbeitung für einen anderen Zweck mit dem Zweck, zu dem die Daten ursprünglich erhoben wurden, **vereinbar ist** – **unter anderem** [...]

Rechtsgrundlagen nach DSGVO

Art 6 Abs 4

[„Zweckänderung“ bzw. „kompatibler Zweck“ iSd Art 5 Abs 1 lit b DSGVO]

- jede Verbindung zwischen Erhebungs- u. Weiterverarbeitungszweck(en)
- Kontext (Beziehung „Betroffener“ – „Verantwortlicher“)
- „Sensibilität“ der Daten
- Potentielle Folgen für Betroffenen
- „Garantien“ (Verschlüsselung / Pseudonymisierung) ?

Kritik / Resümee :

- **„Vereinbarkeitstest“ sollte nur auf Stufe des Erstverarbeiters gelten**
(Bsp. Direktmarketing gegenüber eigenen Kunden für ähnliche Waren)
- **Kriterien der DSGVO iVm Erwägungsgründen zu unscharf**
- **Statistik / Wissenschaftsprivileg nicht EU-weit harmonisiert**
- **Zweckbindungsgrundsatz droht unterlaufen zu werden**

Thema

Konsultationspflicht mit Aufsichtsbehörde

Folgenabschätzung

- **Keine** Wahrscheinlichkeit **hohen Risikos** oder auf **Liste** der „nicht risikoabschätzungspflichtigen“ Anwendungen → **keine Pflichten**
- Wahrscheinlichkeit **hohen Risikos** oder auf **Liste** der „risikoabschätzungspflichtigen“ Anwendungen → **Selbstevaluierung**
- **Selbstevaluierung bestätigt hohes Risiko** bei Nichtergreifung von „Eindämmungsmaßnahmen“ → **Konsultation der Aufsichtsbehörde**

Resümee :

- **Unsicherheit** für Unternehmen, wann sie konsultieren müssen.
- **Verdünnung** der Datenschutz **a u f s i c h t** (“Selbstevaluierung”).



**Zusammenhang mit Thema
„betrieblicher Datenschutzbeauftragter“**

Thema

Betrieblicher Datenschutzbeauftragter

Betrieblicher Datenschutzbeauftragter

Art 37 Abs 1 „Benennung eines Datenschutzbeauftragten“

Pflicht für

- **Behörde** oder eine öffentliche Einrichtung **immer**
- **Unternehmen** **Kerntätigkeit** besteht in umfangreichen Verarbeitung **besonderer Kategorien** von Daten (Art 9 oder Art 10 DSGVO)
 - oder**
 - umfangreiche regelmäßige und systematische **Beobachtung von betroffenen Personen** erforderlich

Thema

Arbeitnehmerdatenschutz

Arbeitnehmerdatenschutz nach DSGVO

Artikel 88 - Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext

1. Die **Mitgliedstaaten können** durch **Gesetz** oder durch **Kollektivvereinbarungen** **spezifischere Vorschriften** zur **Gewährleistung** des **Schutzes** der Rechte und Freiheiten hinsichtlich der Verarbeitung **personenbezogener Beschäftigendaten** im Beschäftigungskontext, insbesondere für Zwecke der Einstellung, der Erfüllung des Arbeitsvertrags einschließlich der Erfüllung von gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegten Pflichten, des Managements, der Planung und der Organisation der Arbeit, der Gleichheit und Diversität am Arbeitsplatz, der **Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz**, des **Schutzes des Eigentums der Arbeitgeber** oder der Kunden sowie **für Zwecke der Inanspruchnahme** der mit der Beschäftigung zusammenhängenden individuellen oder kollektiven Rechte und Leistungen und für Zwecke der Beendigung des **Beschäftigungsverhältnisses** vorsehen.

Arbeitnehmerdatenschutz nach DSGVO

Artikel 88 - Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext

2. Diese Vorschriften umfassen geeignete und besondere Maßnahmen zur Wahrung der menschlichen Würde, der berechtigten Interessen und der Grundrechte der betroffenen Person, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz der Verarbeitung, die Datenübermittlung **innerhalb einer Unternehmensgruppe** oder einer **Gruppe von Unternehmen** und die **Überwachungssysteme** am Arbeitsplatz.

2a. Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission bis spätestens zu dem in Artikel 91 Absatz 2 genannten Zeitpunkt die Rechtsvorschriften, die er nach Absatz 1 erlässt, sowie unverzüglich alle späteren Änderungen dieser Vorschriften mit.

Ursprüngliche Ansätze des Europ. Parlaments

Position Europäisches Parlament

Art 82 "Mindestnormen f. DV im Beschäftigtenkontext"

- Die Verarbeitung von Beschäftigtendaten ohne Kenntnis der Arbeitnehmer ist unzulässig.
- Die **offene** optisch-elektronische und/oder offene akustisch-elektronische Überwachung der **nicht öffentlich zugänglichen Teile des Betriebs**, die **überwiegend der privaten** Lebensgestaltung des Arbeitnehmers dienen, **insbesondere** in Sanitär-, Umkleide-, Pausen- und Schlafräumen, ist unzulässig.
- Die heimliche Überwachung ist in jedem Fall unzulässig.

Resümee :

- **Keine Pflicht** der Mitgliedstaaten zu speziellen Datenschutzregeln für den Arbeitsplatz
- Keine Ermächtigung der MS zu **höherem** Datenschutzniveau
- **Keine** EU-weite **Vereinheitlichung** des Schutzniveaus im Betrieb

Thema

Internationaler Datenverkehr

IDVK nach DSGVO

Artikel 49 - Ausnahmen (keine „Garantien“)

- **Zustimmung Betroffene/r**
- **Vertragsschluss/-erfüllung im Interesse Betroffenen** (Vertr. mit Verantwortlichen)
- Vertragsschluss/-erfüllung im Interesse Betroffenen (Vertr. Zwischen Verantwortlichem und Dritten)
- **aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses notwendig**
- **Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen**
- **lebenswichtige Interessen Betroffenen oder Dritter**
- **Übermittlung aus (öff.) Register**
- **zwingende Interessen d. Verantwortlichen** (Einzelfälle, wenig Betroffene, [Info-pflichten!])

Resümee :

Relativierung der sonstigen Ausnahmetatbestände / Garantien